

Die Debatte über den Fall Otto John in der politisch-kulturellen Auseinandersetzung in Deutschland

1. Der „Fall John“: Forschung, Quellen und offene Fragen
2. Die biographische Dimension: Der Widerstand gegen die NS-Diktatur als zentrale politische Erfahrung Otto Johns
3. Der beginnende Kalte Krieg und die Westbindungs- und Wiederbewaffnungsdebatte als konstituierendes Moment des „Falles John“
4. Die innenpolitische Auseinandersetzung um die Berufung Otto Johns zum Leiter des bundesdeutschen Verfassungsschutzes 1950
5. Der Übertritt in die DDR am 20. Juli 1954: Bewußte Tat oder Entführung?
6. Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit
7. Die Tätigkeit Johns in der DDR und die politische Diskussion in den östlichen Medien
8. Die politisch-kulturelle Diskussion des „Falles John“ im Westen
9. Rückkehr in die Bundesrepublik 1955 und Prozeß 1956
10. Die öffentlichen Bemühungen Otto Johns nach 1956 um Revision seines Verfahrens
11. Otto John – Ein Fazit

Literatur

Zusammenfassung

1. Der „Fall John“: Forschung, Quellen und offene Fragen

Am 20. Juli 1954, auf den Tag genau zehn Jahre nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler in dessen ostpreußischem Hauptquartier „Wolfsschanze“, reiste der seit 1950 als westdeutscher Verfassungsschutzpräsident tätige Otto John in Begleitung von Wolfgang Wohlgemuth, eines Arztes aus West-Berlin, über die Sektorengrenze nach Ost-Berlin ein. Dieser Grenzübertritt ist gut dokumentiert, unter anderem konnte der diensthabende Grenzer John und Wohl-

gemuth in dem Fahrzeug erkennen. Am 23. Juli, das Dokument selbst trägt das Datum vom 22. Juli, sendete der Rundfunk der DDR eine erste Erklärung Johns, die im Westen wie eine Bombe einschlug. John gab zu Protokoll, er sei freiwillig in der DDR, protestiere damit gegen Adenauer, dessen Politik auf die dauernde Spaltung Deutschlands hinauslaufe.¹ In einer wenige Wochen später am 11.8.1954 offiziell durchgeführten Pressekonferenz in Ost-Berlin hatte er dies dann explizit ausgeführt. Adenauers strikte Politik der Westbindung zerstöre jede Möglichkeit der Wiedervereinigung, zudem säßen in seiner Regierung Täter aus der Zeit des Dritten Reiches. „Ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, in die DDR zu gehen und hier zu bleiben“, so John dort, „weil ich hier die besten Möglichkeiten sehe, für die Wiedervereinigung Deutschlands und gegen die Bedrohung durch einen neuen Krieg tätig zu sein. Selbst viele kluge und aufrichtige Menschen in Westdeutschland sehen die Gefahren, die uns bedrohen, nicht, weil sie durch die Propaganda der Bundesregierung verblendet sind. Wieviele Menschen haben sich in Deutschland nicht nach 1945 darauf berufen, daß sie vor 1933 die Gefahr des Nationalsozialismus nicht hätten erkennen können? Deshalb halte ich es für meine Pflicht, jetzt öffentlich und eindringlich das deutsche Volk vor den Gefahren zu warnen, die uns heute bedrohen. Wenn der erste Schuß gefallen ist, wird es zu spät sein. Als ich im Dezember 1950 mein Amt in der Bundesrepublik übernahm, hatte ich die Illusion, am Aufbau eines neuen Deutschland mitzuarbeiten, das – gereinigt vom Nationalsozialismus – allen Deutschen die Möglichkeit zur friedlichen Entfaltung ihres Lebens bieten würde. Statt dessen haben wir heute ein geteiltes Deutschland, das in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West zum Schauplatz eines neuen Krieges zu werden droht, der nicht nur unvorstellbare neue Leiden über uns bringen, sondern tatsächlich die Existenzgrundlage unseres Volkes als Nation zerstören würde. Der Kommunismus ist – ob man es mag oder nicht – eine Realität, die fast die Hälfte aller auf dieser Erde lebenden Menschen umfaßt. Die Vorstellung – oder auch der Wunschtraum –, ihn wieder 'ausrotten zu können', ist so töricht wie der Glaube Hitlers, der das Christentum ausrotten wollte. [...] Das wollen die Amerikaner aber nicht erkennen. Sie glauben, sie könnten früher oder später durch einen neuen Kreuzzug gegen den Osten den Kommunismus noch einmal aus der Welt auskehren oder wegfeigen, und sie bereiten den Krieg vor. In dieser Entwicklung ist die Bundesregierung durch die Verträge von Bonn und Paris zu einem Werkzeug der amerikanischen Politik in Europa geworden. Die Amerikaner brauchen zu ihrem Krieg gegen den Osten deutsche Soldaten. Dabei sind ihnen selbstverständlich vor allem jene willkommen, die aus der deutschen Katastrophe nicht gelernt haben, sondern seitdem nur auf die Stunde warten, in der sie für die Niederlage von 1945 Rache nehmen können. Deshalb sind in der Bun-

1 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS AP 11263/56, Bd. 16, Bl. 90.